****

**Bodenmarktpolitik statt Zielstruktur**

Dipl.-Volkswirt Arno Reis

Nie mehr hungern wie nach 1945 – das war ein wichtiges Ziel bei Gründung der EWG, später umbenannt in EU. Deswegen war von Beginn an der Agrarhaushalt der größte Einzelhaushalt und ist es heute, wenn auch mit komplexerer Bezeichnung, noch immer. Die Versorgung mit Lebensmitteln ist über die Jahre immer mehr aus dem politischen Fokus geraten. Dabei wächst die Weltbevölkerung von rund 7,8 Milliarden Menschenim Mai 2020 **auf über** Acht-Milliarden bis 2023**. In Afrika soll sich die Einwohnerzahl in den kommenden 85 Jahren fast vervierfachen. Hinzu kommt der klimatische Wandel, der verfügbares Agrarland dramatisch reduziert.** Die Hungerflüchtlinge vor den europäischen Türen sind ein Alarmzeichen.

**Also steht die Frage im Raum, was die klimatisch / standortspezifisch bevorzugte EU zur außereuropäischen Hungerbekämpfung beitragen kann,** wenn weltweit die verfügbare Agrarfläche schrumpft. Der weltweite Flächenverlust soll derzeit 10 Mio ha pro Jahr betragen. Dieser Verlust beginnt bereits in der Bundesrepublik durch Be- und Überbauung mit der Folge des gekoppelten Entzugs durch Ausgleichflächen. Und durch Erosion, durch Klimawandel, Umweltmaßnahmen, die Flächen ganz oder teilweise der landwirtschaftlichen Nutzung entziehen. Auch die von der EU und dem Bund forcierte ökologische Landwirtschaft hat zur Folge, daß – je nach wissenschaftlichem Gutachten – 25 bis 40 % mehr Fläche für die gleiche Ertragsmenge benötigt wird.

**Der Landwirt – ein Störer?**

Der agrarpolitische Bericht der Bundesregierung 2019 enthält eine Ansammlung von Worthülsen und Widersprüchen – für jeden etwas. Aber es fehlt eine Zielhierarchie. Es fehlt eine eindeutige Zielstruktur.

In der täglichen politischen Praxis wimmelt es von Begriffen wie Nachhaltigkeit, Ökologie, Umweltschutz, Klimaschutz, Tierwohl, Ressourcenschutz – da stört tatsächlich der Landwirt.

Aber wer schädigt oder zerstört schon bewußt oder vorsätzlich seine betrieblichen Grundlagen? Da werden Ursache und Wirkung verwechselt.

In der weltweiten Pandemie namens Corona wird plötzlich bewußt, wie verwundbar die weltweiten Lieferketten sind, wie leicht Im- und Exporte abgewürgt werden können und letztendlich die Versorgung der Bürger gefährdet ist. Im Bereich der coronaorientierten Forschung und Produktion gibt es eine Rückbesinnung auf nationale Stärken, Fähigkeiten und Sicherheiten. Im Bereich der Landwirtschaft gibt es stattdessen neue Hürden wie z.B. bei Düngung, Pflanzenschutz, Gülle, Tierhaltung, Artenschutz, Biodiversität mit der Konsequenz eines verstärkten Höfesterbens. Es mag ja sein, daß man ein Ausscheiden der schwachen Betriebe will, daß das Land zum besseren Wirt gehen soll – aber dann muß man es auch sagen und Rahmenbedingungen schaffen im Sinne von Adam Smith, Wegbereiter der modernen Nationalökonomie, die in die Soziale Marktwirtschaft mündet. Mit Sicherheit hat kein Agrarminister eine Kurzfassung von Adam Smith gelesen.

**Agrarstruktur**

Im Bericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Bodenmarktpolitik“ von 2015 wird die Struktur zutreffend beschrieben: „ ..im Vergleich zu anderen Wirtschaftssektoren, insbesondere zum produzierenden Gewerbe, (besteht sie) aus einer Vielzahl von Kleinst- und Kleinunternehmen.“ Und genauso wird diese Branche behandelt: Wie Handwerksbetriebe die zur Führung einen Meisterbrief haben müssen. In keiner Branche wird derart in die Betriebsführung und Struktur hineingeredet. Fazit: Wer das Geld gibt, der sagt wo’s lang geht. Davon leben Ministerien und nachgelagerte Institutionen.

Darf ein Bauunternehmen nur von einem Maurermeister gegründet werden? Ein Softwareunternehmen nur von einem diplomierten Informatiker? Ein Fensterbauunternehmen nur von einem Schreinermeister? Und in der Landwirtschaft?

Bei dieser Struktur bleibt das Problem der Machtkaskade politisch ausgeblendet: Die Marktmacht des Handels dominiert die Lebensmittelproduzenten. Die Aufkaufmacht der Lebensmittelproduzenten dominiert die atomisierten landwirtschaftlichen Primärproduzenten – sie sind das schwächste Glied in der Wertschöpfungskette. Wie stärkt man die Primärprozenten? Man entschädigt sie mit einem Prämiensystem, das weitgehend durch überhöhte Pachten und Kaufpreise für Agrarflächen – in der BRD als Vorreiter die bundeseigene BVVG – abgesogen wird. Der Rest bleibt nicht in den Bilanzen hängen sondern ist eine Nahrungsmittelsubvention mit der Gießkanne. Es gäbe intelligentere und wirtschaftlichere Lösungen für die gesamte EU.

Statt Weichenstellungen für mehr Marktmacht der Primärproduzenten wird seit Jahrzehnten über die Bodenmarktpolitik diskutiert. Das Schreckgespenst anonymer, undurchsichtiger Holdings, der branchenfremden Investoren, der Landgrabber, trägt man wie eine Monstranz vor sich her. So nachzulesen im Bericht „Bodenmarktpolitik“. Politiker und insbesondere Landwirtschaftsminister ereifern sich in einer Art, die man als populistisch bezeichnen kann.

Im agrarpolitschen Bericht 2019, auf der Titelseite (als Leitbild?) ist ein Flickenteppich kleiner Flurstücke zu sehen, heißt es sinngemäß:Sicherstellung des Bodeneigentums für die Landwirtschaft. Aber hoppla: Jede landwirtschaftliche Fläche wird landwirtschaftlich bewirtschaftet. Weiterhin: „Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen über Pacht und Flächenkauf ist von zentrale Bedeutung“ .Ja was denn? Jede landwirtschaftliche Fläche (Pacht oder Eigentum) ist in der Bewirtschaftung bereits verteilt – es gibt keine frei zu verteilenden, umzuverteilenden Flächen. Jede Fläche befindet sich im Eigentum entweder eines Landwirtes oder Nichtlandwirts, oft über Generationen im Besitz von Familien, die nicht ( mehr ) landwirtschaftlich tätig sind. Will man diese durch Rahmenbedingungen zum Zwecke der Kauf- und Pachtpreissenkung zuzusagen teilenteignen? Stünde am Ende nicht eine erneute Bodenreform?

In diesem Zusammenhang taucht das Gespenst der „nichtlandwirtschaftlichen, überregional ausgerichteten Investoren“ auf (gemeint sind Käufer landwirtschaftlicher Flächen). Einschränkend heißt es im Bericht: Es gibt „keine Investitions- und Grundeigentumsstatistiken… an Hand derer sich die Aktivitäten nichtlandwirtschaftlicher Investoren ablesen läßt.“ Nichtlandwirtschaftliche Investoren, sprich nicht selbst wirtschaftender Kapitalanleger, haben für Pächter den Vorteil einer stabilen Pachtstruktur ohne die Gefahr, daß im Wettbewerb stehende Landwirte diese Flächen bzw. Teile davon untereinander in Konkurrenz wegkaufen und seiner Bewirtschaftung entziehen. Das ist eine betriebliche Stabilisierung. Im Übrigen ist zu fragen, wie diese Kapitalanleger zur Grundstücksverkehrsgenehmigung gekommen sein sollen.

Im Agrarpolitischen Bericht werden u.a. „familengeführte Unternehmen im Mittelpunkt“ genannt. Professor Grethe, Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats beim BMEL, spricht von „agrarromantischen Vorstellungen von eher städtischen Gruppen.“.Ein Kommentar erübrigt sich.

**Nachtlandwirtschaftliche Investoren und Holdings**

Der Kauf von Landwirtschaftsbetrieben durch Unternehmer und vermögende Privatleute wird auf den Flächenkauf reduziert. Ursache ist, daß sich viele Betriebe mit Eigentumsflächen, häufig mit erheblichen Krediten belastet, derart vollgesogen haben, daß weder eine Führungskraft im Unternehmen, noch ein normaler Landwirt, noch einer aus dem Westen mit 6b-Rücklagen diese nicht erwerben kann. Extrem ist es bei Agrargenossenschaften, die unverteilbares Vermögen a la LPG gebildet haben, das nur durch Verkauf realisiert werden kann. Es ist legitim, daß die Gesellschafter ihren schmalen seit der Wende erworbenen Rentenanspruch durch Verkauf aufbessern wollen. Es ist unverständlich, wenn ein Landwirtschaftsminister einen solchen Verkauf in einem konkreten Fall als „Manchesterkapitalismus in Reinkultur“ abkanzelt.

Der Bericht und die Minister beziehen sich gerne auf Studien des Thünen-Institus. Deren methodische Fehler liegt u.a darin, nicht die Familientradition mit landwirtschaftlichem Hintergrund zu untersuchen. Andererseits wird zugegeben, daß diese Investoren und vermeintlichen Holdingstrukturen blackboxes sind.

Was ist falsch daran, wenn es leistungsfähige, finanzstarke (und Landwirtschaft ist nun mal auch ohne Landkauf kapitalintensiv) Unternehmen gibt, die fachlich bestqualifizierte Manager der Primärproduktion und Vermarktung beschäftigen? In den Neuen Bundesländern stehen sie in Konkurrenz zu hochqualifizierten Führungskräften aus DDR-Zeiten, die ebenfalls als Investoren agieren. Zuletzt der Unternehmensverkäufer „Kliem“.

Bezweifelt wird - weil es nicht in die ministerielle Sicht paßt - daß diese sich stärker in das Umfeld einbringen und regionale Verantwortung tragen. Der Geschäftsführer eines der gescholtenen Investoren schlug dem Landesminister im persönlichen Gespräch vor, eine Runde mit anderen Investoren zu installieren mit der Fragestellung: Was können wir gemeinsam für dieses Land tun? Was ist passiert? Nichts. Man könnte die Fragestellung erweitern: Was können die Großunternehmer tun, um Landwirtschaft in Entwicklungsländern, in Ländern mit Ernährungsmangel, zu unterstützen und zu fördern?

# Wer im BMEL nur im Kästchen „Bodenmarkt“ denkt, hat vielleicht nicht mitbekommen, daß bei jedem Unternehmenskauf Grunderwerbsteuer nach § 1 GrEStG anfällt. Die Ausnahmereglung beim Anteilserwerb unter 95 % ist zwar gültiges Gesetz, hat in der Landwirtschaft Seltenheitswert. Es wird kein Gesetz unterlaufen – auch nicht bei der Grundstücksverkehrsgenehmigung – sie ist nach geltendem-Recht beim share deal nicht erforderlich.

# Weiterhin wird unterstellt, daß diese Investoren die Bodenpreise treiben. Wer eine bestehende Agrargesellschaft kauft, treibt nicht die Bodenpreise. Der größte Preistreiber im Osten ist die bundeseigene BVVG. Die höchsten Bodenpreise gibt es übrigens in Bayern mit 62 % Nebenerwerbslandwirten. Gibt es eine Korrelation Nebenerwerb und Bodenpreise?

Weiterhin wird behauptet, „die Aktivitäten der überregionalen Investoren (führen) zu einem Abfluß von Wertschöpfung“. Was ist mit Wertschöpfung gemeint? Ausgeschüttete Unternehmensgewinne? In den drei bis vier letzten schlechten Jahren sicherlich nicht – es sei denn, es gibt eine Einkommenskombination. Wenn politisch ungeliebte Investoren Agrarbetriebe kaufen, wenn diese Betriebe für „normale“ Landwirte nicht mehr bezahlbar sind, dann fließt viel Geld an die Verkäufer in die Region. Der Veräußerungsgewinn wird beim Finanzamt vor Ort versteuert. Maschinen und andere Produktionsmittel werden vor Ort gekauft, Mitarbeiter aus der Region werden beschäftigt– soweit es qualifizierte gibt. Manchmal sind die erworbenen Betriebe Sanierungs-, zumindest Optimierungsfälle. Das geht einher mit Investitionen in die Region. Auch wenn Betriebszweige wegen Unrentabilität geschlossen werden, führt das zu einer Zukunftssicherung verbleibender Arbeitsplätze. Oft kommen neue Geschäftsfelder mit neuem Personalbedarf hinzu. Auf kurze und mittlere Sicht fließt Geld in die Region. Wer hat etwas dagegen, daß das eingesetzte Kapital langfristig auch durch Gewinnausschüttungen verzinst wird?

Deutschland braucht wettbewerbsfähige Agrarbetriebe, die von Unternehmern geführt werden. Nur diese werden die kostentreibenden und die das sogenannte Höfesterben beschleunigenden Anforderungen der EU und der Bundesregierung überhaupt stemmen können. Es braucht Agrarchampignons.

**Die Leitbildfrage**

Während Wirtschaftsminister Altmaierindustriepolitische Champignons fördern und schützen will, wird das Idyll landwirtschaftsferner Großstädter in Form familiengeführter Kleinbetriebe propagiert. Wirtschaftsministern Altmaier würde im Oktraeder springen, müßte er verkünden, daß internationale Champignons politisch nicht mehr gewollt sind, statt dessen Kleinfamilienunternehmen, die nur um ihren Schornstein herum wirtschaften und in der Wertschöpfungskette das schwächste Glied sind. Also Rückkehr zu heimischen Webstühlen und Hammerwerken am Bach? Warum nicht die Abteilungen des BMEL in bestehende Ministerien integrieren und erhebliche Kosten einsparen? Wer hat schon berechnet, welche Bürokratiekosten in der EU und im Bund durch die atomisierte Landwirtschaftsstruktur entstehen?

Ein integrierender Diskussionsansatz könnte übrigens die Umwidmung der Zukunftskommission Landwirtschaft zur einer Arbeitsgruppe Naturkapital werden – sie könnte und sollte brachenübergreifend tätig werden.